

Was ist die Gemeinwohl-Ökonomie?

Die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) beschreibt eine alternative Wirtschaftsordnung zu Kapitalismus und Kommunismus. Sie versteht sich als liberale und ethische Marktwirtschaft, die nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz beruht, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation. Erfolg wird nicht primär an finanziellen Kennzahlen gemessen, sondern mit der Gemeinwohl-Prüfung für Investitionen, mit der Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen und mit dem Gemeinwohl-Produkt für eine Volkswirtschaft. Für die Ungleichheit sind Grenzen vorgesehen, ökologische Menschenrechte helfen, den Umweltverbrauch der Menschheit innerhalb der planetaren Grenzen zu halten. Ziel ist es, die Gesetze der Marktwirtschaft mit den Grundwerten demokratischer Gesellschaften in Übereinstimmung zu bringen. Diese Vision setzt die GWÖ-Bewegung auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Ebene um.

Die Gemeinwohl-Ökonomie in Zahlen

Die GWÖ wurde 2010 auf Basis des gleichnamigen Buches (zwischenzeitlich SPIEGEL-Bestseller) des österreichischen Publizisten Christian Felber in Österreich gegründet. Auf dem bisherigen Weg konnte die Bewegung bereits zahlreiche Meilensteine und Erfolge erzielen und wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Aktuell umfasst die Bewegung weltweit 11.000 Unterstützer*innen, rund 5.000 Mitglieder in über 170 Regionalgruppen, 35 GWÖ-Vereine, über 1.000 bilanzierte Unternehmen und andere Organisationen, knapp 60 Gemeinden und Städte sowie 200 Hochschulen weltweit, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie umsetzen, weiterentwickeln und verbreiten. Seit Ende 2018 gibt es den Internationalen GWÖ-Verband, in dem sich eine wachsende Zahl von nationalen Vereinen abstimmt und ihre Ressourcen bündelt. Siehe dazu auch die [10 Prototypen der Gemeinwohl-Ökonomie](#).

Wie arbeitet die Gemeinwohl-Ökonomie als Bewegung?

Grundsätzlich ist das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie ein offenes Konzept – jede Privatperson, jedes Unternehmen, jede Organisation und jede Gemeinde kann sich engagieren und ko-kreativ beteiligen. Privatpersonen gründen Regionalgruppen und Akteur*innen-Kreisen oder bringen sich in diese ein. Unternehmen und Gemeinden erstellen Gemeinwohl-Bilanzen und werden so Pionier*innen der Bewegung. Gemeinsame Entscheidungen treffen alle Gruppierungen bei der jährlichen Delegiertenversammlung. 2013 wurde ein internationales Koordinationsteam eingerichtet. 2018 erfolgte die Gründung des GWÖ-Verbandes, in dem sich die nationalen Mitgliedsvereine koordinieren, die aktuell von Schweden bis Chile reichen.

Die Gemeinwohl-Bilanz

Für Unternehmen, aber auch Hochschulen, Gemeinden und andere Organisationen besteht die Möglichkeit, eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen. Diese Bilanz basiert auf der sogenannten Gemeinwohl-Matrix, in der 20 Gemeinwohl-Themen beschrieben sind, anhand derer die Beiträge einer Organisation zum Gemeinwohl sichtbar gemacht werden.

Jedes Unternehmen kann maximal 1.000 Gemeinwohl-Punkte erreichen. Damit ist erstmals das Ergebnis eines CSR-Standards oder ganzheitlichen Nachhaltigkeitsberichts über alle Branchen, Rechtsformen und Unternehmensgrößen vergleichbar. Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist es, diese Form der Bilanzierung auf allen Produkten sichtbar zu machen. Das auditierte Ergebnis der Gemeinwohl-Bilanz soll über rechtliche Vor- oder Nachteile des Unternehmens entscheiden, z.B. im öffentlichen Einkauf und in der Wirtschaftsförderung, aber auch bei Steuern, Finanzierungen und beim Zugang zum Weltmarkt. Mithilfe dieser Anreizinstrumente wird der gegenwärtige Kosten- und Wettbewerbsnachteil verantwortlicher und ethischer Unternehmen in einen Preis- und Wettbewerbsvorteil korrigiert. Die Bewegung bemüht sich aktuell, diese über das reine Berichten hinaus gehende Weiterentwicklung der Marktwirtschaft über die EU-CSR-D Richtlinie umzusetzen.

Welche Unternehmen haben schon bilanziert?

Zu den Pionier-Unternehmen zählen u.a., siehe dazu auch [Seite der Good Practices](#).

- ARGEkultur gemeinnützige GmbH, A-Salzburg
- BKK Pro Vita, D-Bergkirchen
- buch7.de GmbH, D-Langweid
- Cartonajes La Plana, ES
- CULUMNATURA, A-Ernstbrunn
- Dornbirner Sparkasse Bank AG, A-Dornbirn
- elobau GmbH & Co. KG, D-Leutkirch
- Fahnen-Gärtner GmbH, A-Mittersill
- Herzogsägmühle Diakonie in Oberbayern, D-Peiting
- Hotel La Perla, I-Corvara
- Hotel & Villa Auersperg GmbH, A-Salzburg
- Kulturbüro der Stadt Weiz, A-Weiz
- Lux Bau, A-Hainfeld
- Märkisches Landbrot GmbH, D-Berlin
- Nell-Breuning-Haus, D-Herzogenrath
- nestbau AG, D-Tübingen
- Polarstern Energie GmbH, D-München
- Raiffeisenbank, A-Lech am Arlberg
- Samariterstiftung, D-Nürtingen
- Sonnentor Kräuterhandels-gesellschaft mbH, A-Sprögnitz
- Sparda-Bank eG, D-München
- VAUDE Sport GmbH & Co. KG, D-Tettnang
- WEtell GmbH, D-Freiburg
- Windkraft Simonsfeld AG, A-Ernstbrunn

Die Stadt Stuttgart hat zwei Kommunalbetriebe, Leben & Wohnen und die Stadtentwässerung Stuttgart, bilanziert. Viele Städte folgen gerade, darunter München, Marburg, Bremen und Hamburg. Münster hat Anfang 2021 die Bilanzierung aller städtischen Betriebe sowie die Ausrichtung von öffentlicher Beschaffung und Wirtschaftsförderung auf die Werte der GWÖ beschlossen. Die ersten bilanzierten Hochschulen sind die Business School Lausanne, die FH Burgenland, das IGC der Hochschule Bremen und die Technische Hochschule Nürnberg.

Politische Unterstützung

Die ersten zertifizierten Gemeinwohl-Gemeinden sind Mäder und Nenzing in Vorarlberg. In Deutschland gingen Kirchanschöring in Oberbayern und die schleswig-holsteinischen Gemeinden Breklum, Klixbüll und Bordelum voran. Im Herbst 2020 wurden im Kreis Höxter die ersten Städte – Steinheim, Brakel und Willebadessen – GWÖ-zertifiziert. In Barcelona hat der Distrikt Horta-Guinardó mit 170.000 Einwohner*innen bilanziert; Amsterdam, Wien, Niederösterreich und Stuttgart fördern GWÖ-Betriebe. Die Region Valencia fördert die GWÖ per Erlass des Wirtschaftsministers. Ein erster Antrag zur Bilanzierung der Deutschen Bahn ist seit Ende 2019 im Bundestag anhängig. Der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss hat die GWÖ in einer Initiativstellungnahme 2015 mit 86% der Stimmen angenommen und hält sie „für den Einbau in den Rechtsrahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten“ geeignet. 2017 zählt er sie zu den „neuen nachhaltigen Wirtschaftsmodellen“.

Wissenschaft, Forschung und Lehre

Die GWÖ ist auch zunehmend im Bereich Wissenschaft und Forschung aktiv. Der AK Wissenschaft und Forschung und der österreichische GWÖ-Forschungsverein unterstützen zahlreiche Aktivitäten in den Bereichen Forschung, Lehre, Diskurs und Anwendung und setzen selbst Projekte um. Der AK betreibt für diese Zwecke eine Vernetzungsplattform, der bereits über 150 Wissenschaftler*innen aus dem deutschsprachigen Raum angehören. Im Juni 2018 wurde ein von Dr. Günter Koch koordinierter wissenschaftlicher Beirat eingerichtet. Anfang 2021 lagen vier wissenschaftliche Studien zur GWÖ vor: Das GIVUN-Projekt der Universitäten Flensburg und Kiel bezeichnet die GWÖ als „soziale Innovation“ und attestiert ihr „das Potenzial, zu einem Wandel in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft beizutragen“. Eine Vergleichsstudie der Universität Bremen betrachtet die Gemeinwohl-Bilanz als ambitioniertestes Instrument zur Umsetzung der SDGs durch KMU. Eine erste empirische Studie der Universität Valencia anhand 206 GWÖ-bilanzierter Unternehmen bestätigt diesen höhere ethische und keine schlechteren finanziellen Leistungen als konventionellen Unternehmen. In einer IASS-Studie schnitt die Gemeinwohl-Bilanz in Bezug auf „Anforderungen an einen zukünftigen gesetzlichen Standard“ am besten ab. Aktuell läuft ein mehrjähriges Forschungsprojekt an der Humboldt-Universität in Berlin. Seit Juni 2017 gibt es an der Universität Valencia den weltweit ersten GWÖ-Lehrstuhl. Im Herbst 2018 startete am Studienzentrum Saalfelden in Kooperation mit der FH Burgenland der MA-Lehrgang „Angewandte Gemeinwohl-Ökonomie“.

Ende 2019 fand eine erste wissenschaftliche Konferenz zur GWÖ an der Hochschule Bremen mit 150 Teilnehmenden statt, die zweite im März 2022 an der Universität Valencia. Eine Sonderausgabe „Ökonomie und Gemeinwohl“ erschien 2019 in der Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik. Anfang 2021 legte ein Autor*innen-Trio mit dem Beitrag „From Neoclassical Economics to Common Good Economics“ in *sustainability* den Grundstein für ein theoretisches Fundament der GWÖ („Gemeinwohl-Ökonomik“).

Kontakt

Aktuelle [Liste der Sprecher*innen der GWÖ](#) – sie stehen den Medien für Interviews und Diskussionen zur Verfügung. Aktuelle [Liste der Botschafter*innen der GWÖ](#) – sie setzen sich in ihrem (öffentlichen) Wirkungsfeld für die GWÖ ein.

Österreich | Silvia Painer
Mobil: +43 664 4201310
press-austria@ecogood.org
austria.ecogood.org/presse

Weitere Informationen unter: austria.ecogood.org/

Über die Gemeinwohl-Ökonomie

Die weltweit agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung nahm 2010 in Wien ihren Ausgang und basiert auf den Ideen des österreichischen Publizisten Christian Felber. Die GWÖ versteht sich als Wegbereiterin für eine gesellschaftliche Veränderung in Richtung eines verantwortungsbewussten, kooperativen Miteinanders im Rahmen eines ethischen Wirtschaftens. Erfolg wird nicht primär an finanziellen Kennzahlen gemessen, sondern mit dem Gemeinwohl-Produkt für eine Volkswirtschaft, mit der Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen und mit der Gemeinwohl-Prüfung für Investitionen.

Aktuell umfasst die GWÖ weltweit rund 11.000 Unterstützer*innen, 5.000 Aktive in 200 Regionalgruppen, etwa 800 bilanzierte Unternehmen und andere Organisationen, über 60 Gemeinden und Städte sowie 200 Hochschulen weltweit, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.

An der Universität Valencia wurde 2017 ein GWÖ-Lehrstuhl eingerichtet, in Österreich brachte die Genossenschaft für Gemeinwohl 2019 ein Gemeinwohlkonto auf den Markt, und im Herbst 2020 wurden im Kreis Höxter (DE) die drei ersten Städte gemeinwohlbilanziert. Seit Ende 2018 gibt es den Internationalen GWÖ-Verband mit Sitz in Hamburg. Der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss nahm 2015 eine eigeninitiierte Stellungnahme zur GWÖ mit 86 Prozent Stimmenmehrheit an und empfahl ihre Umsetzung in der EU.